



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/57 - 5. März 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Stationierungskosten und Verteidigungsbudget	S. 1
Die britische Nahost-Krise	S. 3
Zu den Personalvertretungswahlen bei der Bundesbahn	S. 5
Der Streit um die Kriegsofferrenten	S. 6

Man kann einen Kuchen nur einmal essen!

von H.G. Ritzel, M.d.B.

Kürzlich waren die alliierten Botschafter der Vereinigten Staaten, Grossbritanniens und Frankreichs in einer Konferenz im Bundesaussehnministerium in Bonn versammelt, an der von deutscher Seite Staatssekretär Hallstein teilnahm.

Die west-alliierten Mächte stehen bekanntlich auf dem Standpunkt, dass das Ende des deutschen Beitrages zu den Stationierungskosten am 5. Mai 1956 noch nicht gekommen sei und dass die Bundesrepublik weitere Beiträge für die Unterhaltskosten der alliierten Streitkräfte zu tragen habe. Es ist sicherlich anzunehmen, dass die Alliierten auf die der Öffentlichkeit bekannte nationale und militärische Belastung ihres Sozialprodukts verweisen liessen und dass eine simple Gegenüberstellung des von der deutschen Sozialdemokratie bekämpften militärischen Aufwandes zu Lasten der Bundesrepublik dann ein Bild stärkster Überlastung der Westmächte ergibt, wenn nur die militärischen Aufwendungen in Vergleich gesetzt werden. Für die Bundesrepublik Deutschland kommen indes einige andere Belastungen in Frage, die von alliierter Seite nicht oder nicht in diesem Ausmass getragen werden müssen. Es sei nur an das Vertriebenenproblem, an die damit verbundene Riesenbelastung im Rahmen des Lastenausgleichs, an die notwendige Steigerung der Kriegsoffer-

versorgung, an den Wiederaufbau der weithin zerstörten Städte, an den Luftschutz und vieles andere erinnert. Die Alliierten wollen von der Bundesrepublik Bargeld sehen und zugleich eine volle Leistung auf dem Gebiet des eigentlichen deutschen Wehrbeitrages erleben. Wie ist die Lage?

Man kann einen Kuchen nur einmal essen! Nach dem Finanzvertrag hat die Bundesrepublik während der letzten 12 Monate nach dem Inkrafttreten der Verträge für den Unterhalt der alliierten Streitkräfte in Deutschland einen Stationierungsbeitrag von 3 200 Millionen DMark zu leisten. Davon entfallen auf das Rechnungsjahr 1956 für die Zeit vom 1. April bis 31. Mai 1956 232 258 000 DMark. Zahlreiche Aufwendungen kommen noch hinzu. So für Auftragsausgaben in Berlin in Höhe von 32,9 Millionen, ferner für Verteidigungsaufwand, der im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Aufenthalt der nichtdeutschen Streitkräfte in der Bundesrepublik und in Berlin entsteht (Personal- und Sachausgaben, Ausgleich von Vermögensnachteilen, Anteil der Bundesrepublik für Schäden, die die alliierten Truppen verursacht haben usw.) mit 82,8 Millionen zuzüglich 210 Millionen im außerordentlichen Haushalt, zusammen also 292,8 Millionen. Es treten ferner hinzu die Besatzungsfolgekosten in Berlin mit 13,5 Millionen und 15,8 Millionen, zusammen also 29,3 Millionen, schließlich für den Erwerb und die Aufschliessung militärisch benötigter Grundstücke, Herrichtung von Gebäuden etc. mit 98 Millionen und 5,3 Millionen zusammen 103,3 Millionen.

Rechnet man die Verteidigungslasten, die im Zusammenhang mit dem Aufenthalt nichtdeutscher Streitkräfte im kommenden Rechnungsjahr entstehen, zusammen, dann ergibt sich eine Belastung des Bundeshaushalts von nahezu 1,2 Milliarden DMark. Nun erst kommen die eigentlichen deutschen Verteidigungskosten, also die Kosten der im Aufbau befindlichen Bundeswehr mit 5 767 742 000, so dass der Gesamthaushalt 1956 für Verteidigungszwecke mit 9 954 282 900 DM belastet ist. Wenn die Alliierten mehr Stationierungskosten haben wollen, dann kann die Bundesrepublik weniger für die Aufstellung eigener Truppen aufwenden. Wenn die Alliierten auf Grund der von der SPD bekämpften Pariser Verträge die Aufstellung bundeseigener Truppen haben wollen, können sie keine Stationierungskosten erhalten. Man kann den Kuchen nur einmal essen.

Man könnte aber auch einen fremden Kuchen nehmen und ihn verzehren, und dieser fremde Kuchen wäre das, was die Bundesrepublik aufwenden muss, um ihrer übrigen Verpflichtungen gerecht zu werden. Nennen wir nur einige Tatsachen und Zahlen: Die Kriegsopferversorgung, für die die SPD 900 Millionen fordert, die Altersversorgung der freien Berufe, für die ein Aufwand von 50 Millionen erforderlich sein dürfte, die Umsatzsteuererleichterungen mit einem noch unbekanntem Verlust, die Rentenaufbesserungen für die Altersversorgung des Handwerks mit schätzungsweise 30 Millionen, die steuerfreien Rücklagen für den Mittelstand mit etwa 17 Millionen, die Aufwendungen für die Landwirtschaft mit etwa 900 Millionen, die Aufwendungen für das Kriegsfolgenschlussgesetz mit mindestens 50 Millionen.

Alle diese Dinge und manches andere würden unmöglich gemacht, wenn man der alliierten Forderung Rechnung tragen würde und daraus ergibt sich auch in bezug auf den Sozialaufwand der Bundesrepublik:

Man kann einen Kuchen nur einmal essen; die Regierung wäre schlecht beraten, wenn sie hier nachgeben oder durch einen erhöhten Zahlungsmittelumlauf die Währung gefährden würde.

Die britische Nahostpolitik ist in ihre bisher vielleicht schwerste Krise geraten. Die Unterhaus-Debatte vom Mittwoch mit dem anschließenden, nicht sehr Überzeugenden Abstimmungssieg der Regierung hat das besonders deutlich gemacht. Der folgende Beitrag schildert Anlass und Hintergrund dieser Krise.

Eden's schwere Wahl

Die Konsequenzen der Entlassung Glubb Paschas

E. A. London

Die überraschende Entlassung Glubb Paschas vom Kommando der Arabischen Legion durch König Hussein von Jordanien hat Grossbritannien mit einem Schlage die politische und militärische Kontrolle an einem der wichtigsten Kreuzungspunkte des Mittelostens gekostet. Gewiss, britische Einheiten sind noch auf jordanischem Boden stationiert. Bei Akaba am Golf des gleichen Namens, in Mafrak und Maan stehen einige Infanterie- und Panzerwageneinheiten sowie Bodentruppen der Royal Air Force. Aber es handelt sich um kleine Kontingente, die auf Grund des britisch-jordanischen Staatsvertrages die Landverbindung mit Irak bewachen. Sie brauchen nicht stärker zu sein, solange Glubb Pascha die 20000 Mann starke und höchst schlagfertige Araberlegion befehligte. Seine unerwartete Kommandantenthebung sowie die Entlassung mehrerer anderer Stabsoffiziere der Legion hat Grossbritannien nun aber dieser Stütze seiner Mitteloststellung beraubt. Über die Ursachen dieser Entwicklung ist seit der Entlassung des britischen Generals das Notwendige gesagt worden.

In London überlegt die Regierung inzwischen immer noch, wie weit sie gehen kann, um auf die Brücklerung durch den solange absolut zuverlässigen jungen König Hussein zu antworten. Die Subsidien für die Legion und den jordanischen Staat möchte man vorläufig weiter zahlen. Sie stehen König Hussein auf Grund des Vertrages, der noch mehrere Jahre Geltungsdauer hat, zu. Erst wenn das Bündnis mit Grossbritannien offen gebrochen würde, könnte man zu der radikalen Massnahme der Zahlungseinstellung seine Zuflucht nehmen. Was aber soll dann mit den noch in Jordanien stehenden britischen Truppeneinheiten geschehen? Die vernünftigste Lösung, so wie sie von Labourseite befürwortet wird, wäre, sie in einem solchen Falle abzurufen. Es fragt sich nur, ob Premierminister Eden diesen Weg zu gehen imstande wäre. Schon jetzt machen ihm die rechten Extremisten im Torylager schwere Vorwürfe. Die Gruppe von etwa 40 Abgeordneten um Captain Waterhouse verlangt eine Politik -4-

wirtschaftlicher und militärischer Sanktionen, um das britische Prestige im Nahen Osten zu kräftigen. Sir Anthony aber weiss nur zu gut, dass, wenn er ihrem Verlangen nachgibt, er Grossbritannien in die ärgsten Verwicklungen mit der Araberwelt steuern würde. Der lockende Dritte wäre Sowjetrussland.

Die weitaus schwerste Bedrohung liegt in anderer Richtung. Indem König Hussein die Araberliga unter ausschliesslich jordanischen Oberbefehl gebracht hat, wird aus diesem bisher stabilisierenden Faktor eine neue Bedrohung des Friedenszustandes zwischen Israel und seinen Arabernachbarn. Wenn Premierminister Eden sofort nach der Entlassung Glubb Paschas sich an Washington wandte, so wusste er warum. Wovon man solange gesprochen hatte, was man nach den Eden-Bischoffsberggesprächen in Washington feierlich erklärt hatte, das erhielt nun dringendste Aktualität. Das kleine Beobachterkorps der Vereinten Nationen, das die Waffenstillstandslinie zwischen Israel und den angrenzenden Araberstaaten überwacht, reicht nicht mehr aus. Der Stündstoff hat sich infolge der letzten Entwicklung in Amman so vermehrt, dass nur noch harte Pakete die Wirksamkeit der Dreiererklärung, jeder Aggression in Mittelosten mit gemeinsamen Kräften zu begegnen, allen Beteiligten vor Augen führen können.

Schliesslich hat die Entlassung Glubb Pascha's der an sich schon nicht gefestigten Stellung Eden's einen neuen Toss versetzt. Randolph Churchill, der Sohn Sir Winston's, bedauerte die Gefahrlichkeit, den Ruf nach Edens Rücktritt verstärkt zu machen. Diesmal greifen die unzufriedenen Konservativen Eden auf seinem ureigenem Gebiet an, nämlich dem der Aussenpolitik. Wenn sie ihm die innerpolitischen Unzulänglichkeiten, besonders hinsichtlich der Parlamentsfrage, auch im Hinblick auf die Gefahr Labour dadurch zu stärken, vorwerfen mussten, so wollen sie ihm doch seine aussenpolitischen Fehler nicht nachsehen. Wieder einmal verdrängen sich die Gerüchte um Edens Stellung. Der Premier wird schnell und entschlossen handeln müssen, wenn er den auf allen Seiten sich sammelnden Sturm trotzen will.

* * *

Spaltungsgewerkschaft blieb auf der Strecke

sp. Erstmals fanden nach den Bestimmungen des seinerzeit hart umstrittenen Personalvertretungsgesetzes (PVG) für die Bediensteten des Bundes die Wahlen für die Personalvertretungen bei der Bundesbahn statt. Das Gesetz bietet, trotz seiner Mängel, viele Möglichkeiten, die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegenüber den Dienststellen wahrzunehmen. Der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands gehören rund 75 % aller Eisenbahner an. 495 000 Bedienstete waren wahlberechtigt, davon machten 432 000 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Zum ersten Mal trat auch, nach viermonatigen bescheidenem Dasein, die "christliche" Spaltungsgewerkschaft der Voss, Winkelheide und Ewen mit eigenen Listen in Aktion. Sie wäre gut beraten gewesen, davon abzulassen, denn sie holte sich eine vernichtende Niederlage, von der sie sich kaum mehr erholen dürfte.

Von 211 000 Arbeiterstimmen entfielen auf die Spalterliste etwa 8000, ein überzeugender Beweis für die Überflüssigkeit dieser Gruppe, die so gut wie keinen Gehalt in der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft besitzt. Kein einziger Winkelheide-Mann ist im Hauptpersonalvertretungs-Ausschuss vertreten, von dessen 26 Sitzen auf die dem DGB angeschlossene Eisenbahnergewerkschaft 19 entfielen, den verbleibenden Rest nehmen die Vertreter des in Konkurrenz zum DGB stehenden Beamtenbundes ein. Etwa die Hälfte aller Beamten wählte die Liste der GABD und korrigierte mit dieser Entscheidung recht deutlich den Anspruch des Beamtenbundes, die alleinige Vertretung aller Beamten zu sein. Noch deutlicher hob sich das Übergewicht der GABD in den Bezirkspersonalvertretungen ab, wo im Durchschnitt 78, in vielen Bezirken sogar 85 % aller Sitze auf seine Vertreter entfielen. Es haben sich mehr Bedienstete zu der Eisenbahnergewerkschaft bekannt, als in ihr organisiert sind.

Auf der Strecke blieben die Spalter. Und das gibt dieser Wahl eine symptomatische Bedeutung. Den Spaltern standen reichliche Mittel zur Verfügung, sie fanden die propagandistische Unterstützung mächtiger Kreise des In- und Auslandes. Diese Wahl aber beweist: die Gründung der Herren Winkelheide und Ewen steht sozusagen im luftleeren Raum,

die übergrosse Mehrzahl der gewerkschaftlich organisierten Schaffenden erteilten ihr schon beim ersten Probefall die verdiente Abfuhr.

Ein Hauptmotiv für die voreilig vollzogene und jetzt als überflüssig bewiesene Gründung der "Christlichen Gewerkschaftsbewegung" war die angebliche Anfälligkeit des DGB vor kommunistischer Infiltration. Wie steht es damit? Auf den Listen der Eisenbahnergewerkschaft stand nicht ein einziger Kommunist. Die Eisenbahner sorgten, ohne der Nachhilfe von Spaltern zu bedürfen, selbst dafür, dass nur solche Kandidaten aufgestellt wurden, die durch ihre Leistungen, ihren Charakter und ihre demokratische Zuverlässigkeit die Gewähr für eine sachliche und positive Arbeit in der Personalvertretung bieten. Der Vertrauensbeweis für diese Sorgfalt blieb nicht aus. Die Bediensteten der Bundesbahn wollen weder Spalter noch Kommunisten in ihren Vertretungen. Dies ist das erfreuliche Ergebnis einer Wahl, die man wohl als Testfall bei den kommenden Wahlen für die übrigen Personalvertretungen der öffentlichen Dienste gelten lassen kann.

* * *

Grausames Spiel mit den Kriegsoffern

BB. Es ist nicht übertrieben, wenn man feststellt, dass die Kriegsoffer langsam an Gott und der Welt und vor allem aber an der Bundesregierung verzweifeln. Seit Monaten lesen und hören sie von Rentenerhöhungen, Termine wurden genannt und nicht eingehalten und schliesslich hat nur Wirtswart der letzten Tage ein Übriges getan, um die letzte Klarheit zu beseitigen. Niemand sollte erwarten, dass die Kriegsoffer für diese Vorgänge Verständnis aufbringen können, denn für einen Menschen, den 10 oder 20 DM Rentenerhöhung eine Existenzfrage bedeuten, ist dieses Tausieren in der Bundesregierung tagtäglich nur eine neue grausame Enttäuschung.

Diese Menschen können aber vor allem nicht begreifen, dass sie im Grunde genommen bisher das Opfer eines manövrierischen Manövers geworden sind. Der seit Monaten währende Streit um die Gründung der Grundrenten ist im Grunde genommen nicht so sehr eine Frage des Prinzips, sondern eher des Terrains. Ein Koalitionsoffiziant, der zu den engsten Freunden des Bundeskanzlers gehört, hat schliesslich in aller Offenheit

zugegeben, dass die Bundesregierung im Prinzip niemals gegen die Erhöhung der Grundrenten gewesen sei, sondern dass sie sich diese Erhöhung lediglich für das Wahljahr 1957 aufsparen wolle.

Und vor diesem Hintergrunde spielte sich in den letzten Monaten alles das ab, was die Kriegsgopfer so verbittert und zur Verzweiflung getrieben hat. Die SPD kann dabei für sich in Anspruch nehmen, dass sie im Verein mit den Kriegsgopferverbänden dieses wahltaktische Spiel der Bundesregierung durchkreuzt hat. Allein ihrem monatelangen Kampf ist es gelungen, die Bundesregierung schon jetzt zu veranlassen, der Erhöhung der Grundrenten zuzustimmen.

Nachdem das aber erreicht war, begann die Komödie des gegenseitigen Übertrumpfens. Schäffer war bereit, für die Novelle zur Kriegsgopferversorgung 454 Mio DM zur Verfügung zu stellen. Der Bundesarbeitsminister demonstrierte sein soziales Gewissen durch das Beharren auf 570 Mio DM, und die CDU/CSU-Fraktion, die monatelang den ersten Vorschlag der Bundesregierung, der nur mit völlig unzureichenden 140 Mio DM dotiert war, auf Biegen oder Brechen unterstützte, hat gestern mit 640 Mio DM vorerst den Vogel abgeschossen. Mit grösster Eile wurde eine Pressekonferenz einberufen, um noch einigen publizistischen Rahm abzuschöpfen, obwohl bis heute noch nicht ein verbindlicher Beschluss der CDU/CSU-Fraktion vorliegt und auch über die Summe selbst erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen.

So und nicht anders hat man ein soziales und menschliches Problem behandelt. Im Vordergrund standen nicht die Menschen, die nicht wissen, wie sie mit ihrer Rente auskommen sollen, sondern ein wahltaktisches und parteilegisistisches Kuhnhandeln, das kaum noch zu überbieten ist.

Trotz alledem wird dieses böse Spiel doch noch zu einem halbwegs guten Ende führen, denn den hartnäckigen Bestrebungen der SPD ist es gelungen, die Bresche zu schlagen und Bundesregierung und Koalitionsparteien zu einer Erhöhung der Grundrenten zu zwingen. Selbstverständlich bestehen dabei in der Sache noch weiterhin grosse Meinungsverschiedenheiten, denn die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass selbst die von der CDU als zur Zeit "Koalitions-Meistbietenden" beantragten 640 Mio. DM nicht ausreichen.

Die SPD wird daher um ihren schon im September vergangenen Jahres eingereichten Gesetzentwurf, der eine Milliarde DM erfordert, mit aller Leidenschaft kämpfen. Das vordringlichste aber ist, dass die Entscheidung so schnell wie möglich herbeigeführt wird. Niemand kann es verantworten, die Kriegsgopfer noch länger zum Spielball von Interessenten zu machen, die nicht die ihren sind. * * *

Verantwortlich: Peter Raunau